

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #22

März 2021

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021

Ergebnisse und Analysen

STEFANIE JOHN

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Die Publikation ist unter Mitarbeit von Jette Bergen, Jana Heyde und Ole Meinefeld entstanden – dafür herzlichen Dank!

Soweit nicht anders angegeben basiert die Schnellanalyse zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten des Landeswahlleiters (Stand: Montag, 15. März 2021).

Inhaltsverzeichnis

1	Kontext der Wahl: Vorabbemerkungen	3
2	Wahlergebnis	3
2.1	Wahlbeteiligung	3
2.2	Stimmenverteilung	3
2.3	Sitzverteilung im Landesparlament und Koalitionsperspektiven	5
2.4	Politische Repräsentation von Frauen	7
3	Politische Stimmung vor der Wahl	7
3.1	Allgemeine Stimmung: Corona als besondere Determinante	7
3.2	Regierungszufriedenheit	8
3.3	Themen und Kompetenzzuschreibung	8
4	Wahlverhalten im Detail	10
4.1	Individuelle Motive der Wahlentscheidung	10
4.2	Wählerwanderung	11
4.3	Soziodemografische Besonderheiten im Wahlverhalten	12
4.4	Regionale und sozialstrukturelle Befunde zum Wahlverhalten	13

1 Kontext der Wahl: Vorabbemerkungen

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben ein Superwahljahr mit sechs Landtagswahlen und einer Bundestagswahl eröffnet. Es waren auch die ersten Landtagswahlen in der Geschichte der Bundesrepublik, die unter Pandemie-Bedingungen stattfanden. Die Covid-19-Pandemie zieht für die Durchführung der Wahlen und den politischen Wettbewerb eine Reihe von Besonderheiten nach sich. Als herausfordernd stellten sich in den Vorbereitungen nicht nur organisatorische Fragen heraus, etwa wie die Wahl durchgeführt wird und welcher Stellenwert den Briefwahlen zukommt, sondern auch, wie es Parteien überhaupt gelingt, Wähler/innen zu erreichen, zu mobilisieren und mit ihnen in Austausch zu treten.

In Rheinland-Pfalz finden alle fünf Jahre Landtagswahlen statt. Der Landtag besteht im Regelfall aus 101 Abgeordneten und wird über ein personalisiertes Verhältniswahlrechtsverfahren gewählt: Mit ihrer Erststimme entscheiden sich die Wählenden für eine/n Kandidierende/n in ihrem Wahlkreis. Zusätzlich zu diesen gewählten Direktkandidat/innen aus den 52 Wahlkreisen geben die Wählenden eine Stimme für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste ab und wählen so die übrigen 49 Abgeordneten. Mit der Zweitstimme wird über die Zusammensetzung des Landtags nach Parteienproporz entschieden.

Zur Landtagswahl sind zwölf Parteien und eine Wählervereinigung mit Landeslisten angetreten. Darüber hinaus haben insgesamt 385 Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlkreisen kandidiert. Drei Parteien haben in allen 52 Wahlkreisen Direktkandidatinnen und -kandidaten aufgestellt (SPD, CDU und FDP). Die Grünen sind in 51 Wahlkreisen angetreten. Für die AfD sind in 48 Wahlkreisen und für die Freien Wähler in 44 Wahlkreisen Direktkandidat/innen angetreten.

2 Wahlergebnis

2.1 Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung sank auf 64,4 Prozent. Das sind sechs Prozentpunkte weniger als 2016 und bedeutet das viertniedrigste Ergebnis in der Landesgeschichte. Der Briefwähleranteil liegt bei 65,9 Prozent und erreicht damit, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, einen historischen Höchststand.

2.2 Stimmenverteilung

Die amtierende Koalition aus SPD, Grünen und FDP geht im Gesamtergebnis gestärkt aus der Wahl hervor. Der SPD gelingt es, ihre relative Spitzenposition klar zu verteidigen, auch wenn sie mit dem Ergebnis von 35,7 Prozent leicht unter dem Ergebnis bei der vergangenen Landtagswahl bleibt (36,2 Prozent). Die Stärkung der

amtierenden Koalition beruht vor allem auf Zugewinnen der Grünen, die ein Wahlergebnis von 9,3 Prozent erzielen und als einzige Koalitionspartnerin signifikant dazugewonnen haben (+4 Prozentpunkte). Die FDP erreicht 5,5 Prozent der Stimmen und verliert leicht gegenüber der letzten Landtagswahl (-0,7 Prozentpunkte).

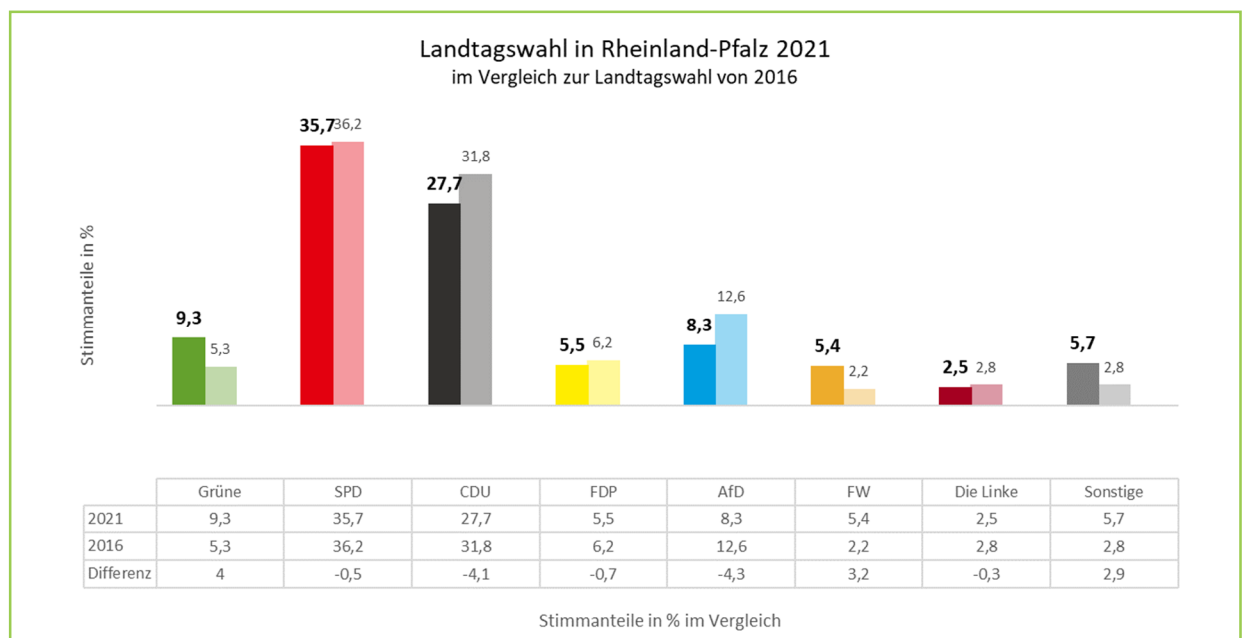
Die CDU als bislang stärkste Oppositionspartei muss mit einem Ergebnis von 27,7 Prozent deutliche Verluste einstecken (-4,1 Prozentpunkte) und verzeichnet damit das schlechteste Ergebnis ihrer Landesgeschichte. Auch die AfD verliert deutlich (-4,3 Prozentpunkte) und fährt damit nur noch ein einstelliges Ergebnis ein.

Auch bei dieser Wahl gelingt es der Linken mit einem Ergebnis von 2,3 Prozent nicht, die 5-Prozent-Hürde zu überschreiten.

Neben den Grünen gehen die Freien Wähler als ein weiterer Gewinner aus diesen Landtagswahlen hervor: Sie ziehen mit 5,5 Prozent erstmals in den Landtag ein.

Die Umfragewerte im Vorfeld der Wahlen deuteten frühzeitig an, dass es in Rheinland-Pfalz um ein Duell zwischen SPD und CDU gehen würde und die anderen Parteien eine untergeordnete Rolle bei der zentralen Frage spielen würden, wer das Ministerpräsidentenamt stellt. Zugleich unterstreichen die Ergebnisse, dass Juniorpartner/innen einer Regierung durchaus gestärkt – oder zumindest ohne größere Verluste – aus Wahlen hervorgehen können.

Abbildung 1: Vorläufiges Wahlergebnis Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021



Ergebnisse der Landtagswahl (Listenstimmenanteile in Prozent; vorläufiges amtliches Endergebnis; Veränderungen zur Landtagswahl 2016 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz).

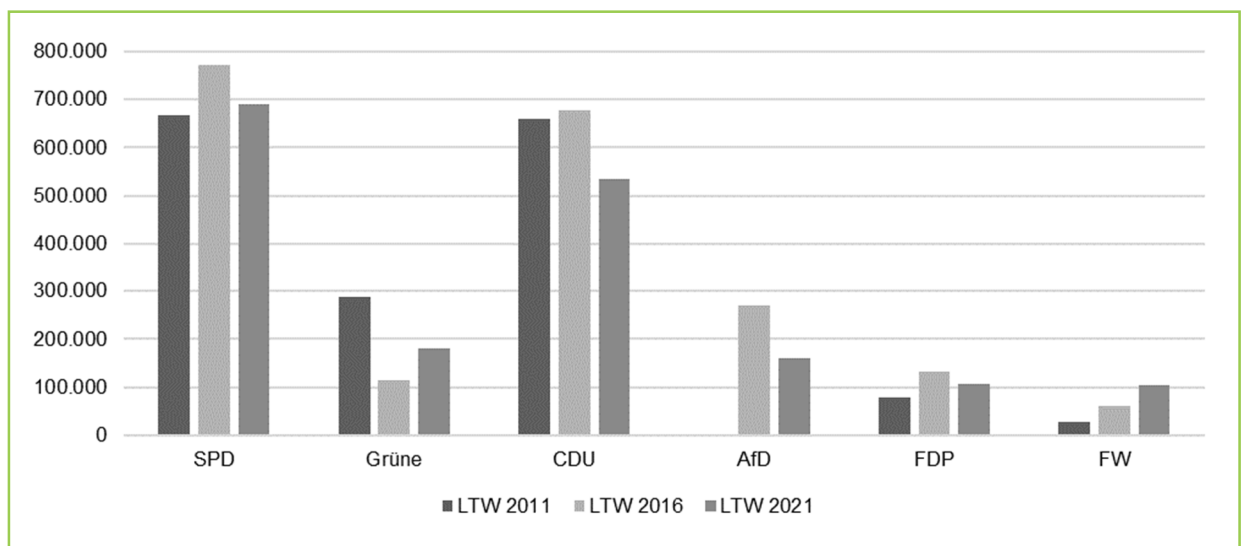
Werden nicht die relativen Veränderungen betrachtet, sondern die absoluten Stimm-ergebnisse im Zeitverlauf, dann zeigen sich einige Auffälligkeiten.

Während die SPD an Stimmen verloren hat (-80.793), konnten die Grünen bei dieser Wahl ihren Wählerzuspruch in absoluten Werten deutlich steigern auf 177.902 Stimmen (+66.641). Die Grünen sind jedoch noch deutlich von dem Stimmenpotenzial entfernt, das sie bei der Landtagswahl 2011 ausschöpfen konnten. Schätzungen, die die Wählerwanderungen berücksichtigen, gehen dabei davon aus, dass bei dieser Wahl etwa 31 Prozent der Wählenden zum Wählerstamm gehören und bereits bei der letzten Wahl für die Grünen gestimmt haben. Verglichen mit den aktuellen Ergebnissen der Grünen aus Baden-Württemberg und den rheinland-pfälzischen Landesverbänden von CDU, AfD und FDP bedeutet dies einen relativ geringen Anteil an Stammwähler/innen der Grünen. Die anderen benannten Landesverbände können im Schnitt auf eine Stammwählerschaft von über 70 Prozent setzen.

Signifikant sind die Stimmenverluste bei CDU (-142.162) und AfD (-108.355). Die absoluten Stimmenverluste wirken für die AfD verhältnismäßig stärker, zugleich unterstreichen die Schätzungen zu den Wählerwanderungen, dass sich eine feste AfD-Stammwählerschaft auch in Rheinland-Pfalz zu entwickeln scheint: ca. 75 Prozent können bei dieser Wahl als Stammwähler/innen bezeichnet werden.

Den Freien Wählern ist es hingegen gelungen, deutlich mehr Wähler/innen zu mobilisieren (+43.209) und somit über die drei letzten Wahlen ein dynamisches Wachstum bei den absoluten Wählerstimmen zu erzielen.

Abbildung 2: Absolute Stimmergebnisse im Vergleich



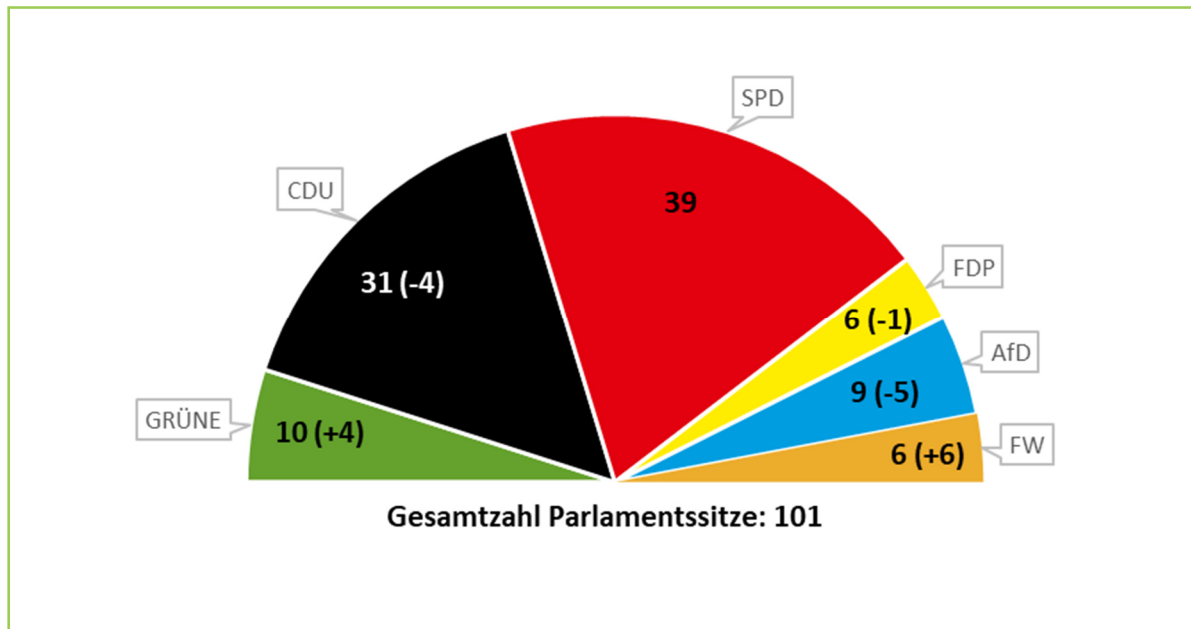
Absolute Gesamtstimmen der Landeslisten im Zeitvergleich 2011-2021; Datengrundlage: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz.

2.3 Sitzverteilung im Landesparlament und Koalitionsperspektiven

Im Landesparlament sind nunmehr mit dem Einzug der Freien Wähler sechs Parteien in Fraktionsstärke vertreten. Die Veränderungen in der Sitzverteilung zum vorherigen Landtag sind auffallend. Bedingt durch den Zuwachs der Grünen verfügen die Partner/innen der Ampelkoalition im neuen Landtag nun über 3 Sitze mehr und

damit über 54,5 Prozent Parlamentssitze. Des Weiteren verändern sich die Fraktionsstärken von CDU und AfD. Zudem sind nun die Freien Wähler mit 6 Abgeordneten vertreten (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Sitzverteilung Landtag



Sitze (absolut) im Vergleich zur letzten Landtagswahl (vorläufiges Endergebnis). Datengrundlage: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz.

Die Fortsetzung der Ampelkoalition unter einer SPD-Ministerpräsidentin scheint die politisch naheliegendste Option für die Regierungsbildung. Zum einen signalisierten Vertreter/innen der Parteispitzen bereits im Vorfeld, die Koalition fortsetzen zu wollen. Zum anderen verfügen SPD, Grüne und FDP dank der Zugewinne von den Grünen nun insgesamt über 55 Sitze und damit über eine komfortable Mehrheit im Parlament (die absolute Mehrheit liegt bei 51 Sitzen).

Auch wenn die Wahlergebnisse als eine Zustimmung zur Ampelkoalition gewertet werden können, weisen die Wählerbefragungen im Vorfeld der Wahlen darauf hin, dass diese Koalition nicht die erste Präferenz der Wähler/innen ist. Wenngleich sich aus den Vorwahlbefragungen weniger eindeutige Koalitionspräferenzen der Wählenden ableiten lassen, befürworteten nur 30 Prozent eine Fortsetzung der Ampelkoalition, hingegen fänden 40 Prozent eine Koalition aus SPD und Grünen gut (Politbarometer Extra 03/2021, KW 09).

Es erscheint also vor diesem Hintergrund durchaus naheliegend für die Koalitionsparteien, zukünftig die Stärken dieses Koalitionsmodells noch deutlicher herauszustellen. Dabei könnten eine konstruktive und geräuschlose Zusammenarbeit durchaus mit inhaltlicher Kompetenz- und Profilbildung der Koalitionspartner/innen einhergehen.

2.4 Politische Repräsentation von Frauen

Bei der Landtagswahl haben sich insgesamt 384 Personen über Listen von Parteien und Wählervereinigungen um ein politisches Mandat beworben. Davon waren gut 27 Prozent Frauen.

Aufschlussreich ist der Blick auf die deskriptive Repräsentation von Frauen in den Parteien, die im Landtag vertreten sein werden (siehe Tabelle 1). In allen Parteien steigt der Frauenanteil in den zukünftigen Fraktionen verglichen zu den Kandidaturen, wenngleich bei deutlichen Niveauunterschieden in den Frauenanteilen zwischen den Parteien. Im zukünftigen Landtag werden knapp 32 Prozent der Abgeordneten Frauen sein. Damit ist die deskriptive Repräsentation von Frauen im Landesparlament im Vergleich zum vorherigen Landtag leicht gesunken.

Tabelle 1: Politische Repräsentation von Frauen

	Bewerber/innen			Mandatsträger/innen			Veränderung zum vorherigen Landtag
	Gesamt	davon Frauen	Frauenanteil	Männer	Frauen	Frauenanteil	
SPD	52	21	40,4	23	16	41,0	5,1
Grüne	51	22	43,1	5	5	50,0	0,0
CDU	52	13	25,0	24	7	22,6	-8,8
FW	44	7	15,9	5	1	16,7	-1,5
AfD	48	5	10,4	8	1	11,1	-22,2
FDP	52	12	23,1	4	2	33,3	-16,7
Insgesamt	299	80	26,8	69	32	31,7	-2,0

Bewerber/innen (gesamt, Doppelbewerber/innen bereinigt; absolut) sowie Mandatsträger/innen nach Wahl 2020 (absolut; Anteil in Prozent; vorl. Endergebnis); Quelle: <https://kandidaten-check.swr.de/landtagswahl-2021-rp/>; Abruf: 11.03.2021. Mandatsträger/innen: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, <https://wahlen2021.rlp.de/de/ltw/wahlen/2021/>

3 Politische Stimmung vor der Wahl

3.1 Allgemeine Stimmung: Corona als besondere Determinante

Die Covid-19-Pandemie prägt in hohem Maße die politische Stimmung vor der Wahl: Der Umgang mit der Pandemie wird als das derzeit wichtigste Thema bewertet. Viele Bürger/innen stehen den politischen Angeboten der Parteien zur Bekämpfung der Pandemie skeptisch gegenüber, obwohl die Durchführung von Schutzmaßnahmen von ihnen als angemessen bewertet wird. Kritisch bewertet wird dabei vor allem das Corona-Krisenmanagement in Deutschland (63 Prozent sind wenig bis gar nicht zufrieden, Stand März 2021; infratest). Das Krisenmanagement in Rheinland-Pfalz wird hingegen deutlich besser bewertet und überzeugt vor der Wahl noch mehrheitlich (45 Prozent sind wenig bis gar nicht zufrieden, Stand März

2021; infratest). Hierbei spielt Malu Dreyer eine nicht zu unterschätzende Rolle, insofern ihr eine hohe Führungskompetenz in der Krisensituation zugesprochen wird (62 Prozent eher gut; zum Vergleich: Merkel 61 Prozent; Spahn: 33 Prozent).

3.2 Regierungszufriedenheit

Kurz vor der Wahl ist über die Hälfte der Wahlberechtigten mit der Regierungsarbeit zufrieden (57 Prozent). Damit wird die amtierende Regierung ähnlich bewertet, wie die rot-grüne Vorgängerregierung am Ende der letzten Legislaturperiode (61 Prozent).

Die Leistung von Regierungs- und Oppositionsparteien wird kurz vor den Wahlen sehr unterschiedlich von den Wähler/innen gesehen: Die Regierung erhält insgesamt eine gute Bewertung, wovon die unter Malu Dreyer geführte SPD am stärksten profitiert, die beiden kleineren Koalitionspartnerinnen Grüne und FDP hingegen kaum. Die Oppositionsarbeit der CDU wird leistungsbezogen eher schwach bewertet, die AfD schneidet hier sehr schlecht ab (Politbarometer Extra 03/2021, KW 09).

Die SPD kann mit Malu Dreyer auf eine sehr populäre Spitzenkandidatin setzen. Abgesehen von AfD-Anhänger/innen erhält sie von allen anderen Parteianhänger/innen gute bis sehr gute Bewertungen. Damit gehört sie neben Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg und Peter Tschentscher in Hamburg zu den beliebtesten Ministerpräsident/innen in der Bundesrepublik (Politbarometer Extra 03/2021, KW 09). Entsprechend sähen 57 Prozent der Wählenden Dreyer gern weiterhin als Ministerpräsidentin. Sie wirkt mehrheitlich auf die Wählenden glaubwürdiger, sympathischer, kompetenter und führungstärker als ihre Mitbewerber/innen. Demgegenüber kommt der CDU-Spitzenkandidat Christian Baldauf auf mäßige Werte (Zufriedenheit: 37 Prozent; als Ministerpräsident sähen ihn gerne 30 Prozent).

3.3 Themen und Kompetenzzuschreibung

In der Bewertung der wichtigsten Themen im Vorfeld der Wahlen stellt der Umgang mit der Corona-Pandemie wenig überraschend mit Abstand das wichtigste Thema dar. Darüber hinaus werden als zentrale Probleme verschiedene Themen benannt, die in hohem Maße die Bereitstellung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge betreffen: Defizite in der Infrastruktur und im Internetausbau werden für besonders wichtig erachtet, neben Schule/Ausbildung, Klimaschutz sowie Energiewende und Mobilität/Verkehrsfragen (Politbarometer Extra 03/2021, KW 09).

Im Vorfeld der Wahlen zeichnet sich ab, dass der SPD in den zentralen Themen auch mehr Kompetenz zugesprochen bekommt als die CDU. So liegt die SPD in Kompetenzzuschreibung für das Corona-Krisenmanagement (38 Prozent) deutlich vor der CDU (17 Prozent). Auch in den Bereichen Schule/Bildung (SPD: 32; CDU: 25) und Wirtschaft (SPD: 32 und CDU: 27) liegt die SPD in der Kompetenzzuschrei-

bung leicht vorn. Im Hinblick auf ihre zentrale Kernkompetenz (soziale Gerechtigkeit) kann sie in Rheinland-Pfalz weiterhin auf eine klare Kompetenzzuschreibung setzen.

Des Weiteren wird der SPD bei den Themen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Bildung eine leicht höhere Kompetenz als die CDU zugeschrieben. Damit wird eine Schwäche des CDU-Landesverbandes deutlich: Die Zuschreibung sachpolitischer Kompetenz hat im Vergleich zur letzten Landtagswahl massiv abgenommen und insbesondere in den klassischen Kompetenzfeldern der CDU Wirtschaft, Arbeitsmarktpolitik und Bildung.

Die Grünen treten in Rheinland-Pfalz als die kleinste Juniorpartnerin bei dieser Landtagswahl an. Sie haben das ihnen entgegengebrachte sachpolitische Vertrauen innerhalb der Legislaturperiode geringfügig steigern können. In der Umwelt- und Klimapolitik und damit ihrer Kernkompetenz erreichen sie parteiübergreifend die höchste Kompetenzzuschreibung. Zugleich ist der Wert nach fünf Jahren als Mitregierende rückläufig.

Fast die Hälfte der Wahlberechtigten im Bundesland meint, die Grünen vertreten Werte und Ziele, die den befragten Bürger/innen selbst wichtig seien. Das gute Abschneiden der Landes-Grünen bei den aktuellen Wahlen ist daher vor allem Ausdruck der Tatsache, dass die Akzeptanz für die Positionen der Partei in den letzten Jahren über traditionelle Wählermilieus weit hinausgewachsen ist. Die Spitzenkandidatin Anne Spiegel blieb der Hälfte der Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz unbekannt.

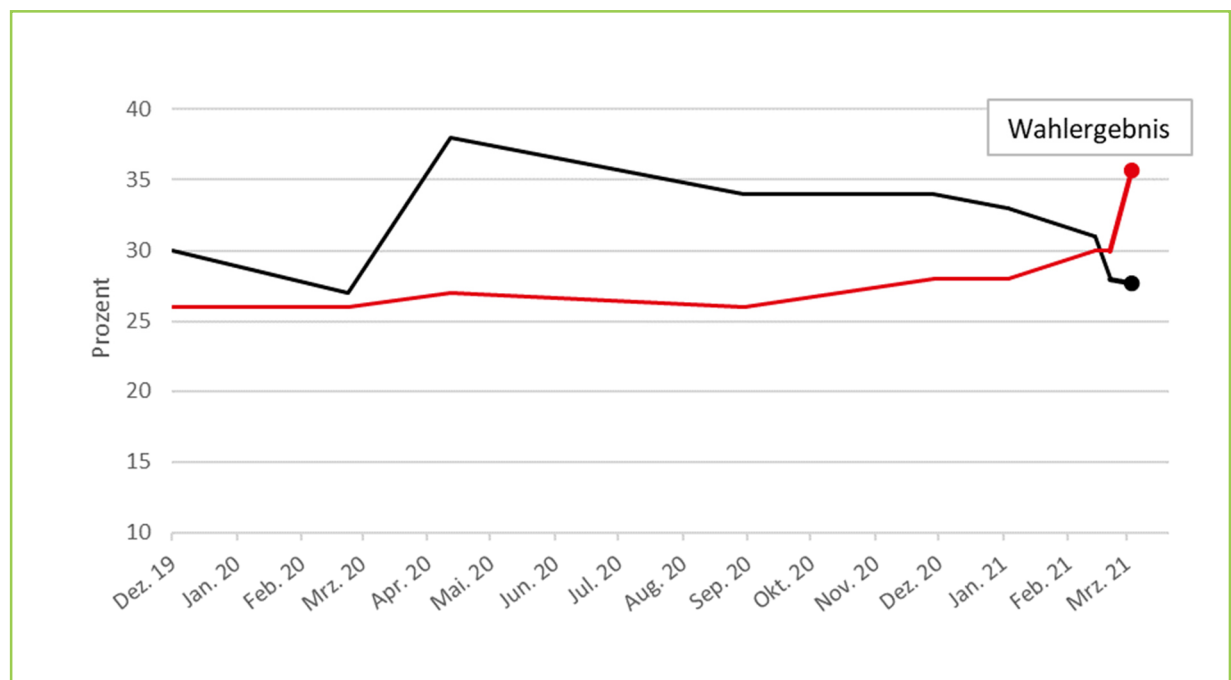
Die FDP als eine Juniorpartnerin in der Ampelkoalition kann insbesondere in ihren klassischen Kernkompetenzen Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Laufe der Legislaturperiode Kompetenzzuwächse generieren. Mit dem personellen Wechsel des Spitzenkandidaten hat die FDP aber womöglich die Potenziale bei der Landtagswahl nicht voll ausschöpfen können. Denn es trat relativ kurzfristig nicht der weithin bekannte Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Volker Wissing an, der im September 2020 zum Generalsekretär der Bundes-FDP gewählt wurde, sondern die wenig bekannte Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Daniela Schmitt.

Auch wenn die AfD im Vorfeld der Wahl vermehrt mit Kritik am Corona-Krisenmanagement aufgetreten ist, bleibt ihr zentrales Mobilisierungsthema der Bereich Zuwanderung und Migration. Migrationsthemen gehören jedoch in der aktuellen politischen Diskussion und auch bei der Problemwahrnehmung der Bürger/innen nicht zu den zentralen Themen.

Interessant ist, dass die SPD im Verlauf des letzten Jahres deutlich in den Umfragerwerten hinter der CDU zurücklag. In der letzten Wahlkampfphase gelang es der SPD jedoch, stark aufzuholen und sich mit dem Wahlergebnis deutlich von der CDU abzusetzen. Neben der Mobilisierungskraft der SPD ist hier ein Einfluss der Korruptionsaffären um Unionsabgeordnete im Bundestag, die sich mit Provisionen für

Schutzmasken bereichert haben sollen, auf das Wahlverhalten zu Ungunsten der CDU naheliegend: Statistische Zusammenhänge zwischen Briefwähleranteilen und Landesstimmenanteilen unterstreichen, dass sich Wählerinnen und Wähler, die ihre Wahlentscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen haben, häufiger für die SPD und die Freien Wähler und seltener zugunsten der CDU entschieden. Die Effekte der Korruptionsaffäre in der Union wären also bei geringerem Briefwähleranteil vermutlich noch deutlich stärker ausgefallen.

Abbildung 4: Duell zwischen SPD und CDU – Vorwahlumfragen und vorläufiges Endergebnis



Umfragewerte vor der Landtagswahl: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn kommenden Sonntag in Rheinland-Pfalz Landtagswahlen wären? (infratest) und vorläufiges amtliches Endergebnis (Landeswahlleiter).

4 Wahlverhalten im Detail

4.1 Individuelle Motive der Wahlentscheidung

Aus der klassischen Trias der Wahlmotive Kandidierende, Programmatik und Parteibindung und einer ergänzenden emotionalen Dimension lassen sich im Parteienvergleich aufschlussreiche Erkenntnisse ableiten. Aussagen über Wahlmotive beruhen auf Nachwahlbefragungen.

Anders als in Baden-Württemberg profitieren die Grünen in Rheinland-Pfalz nicht von einem Kandidateneffekt. Die Wahlentscheidungen zu ihren Gunsten sind besonders stark auf die angebotene Programmatik zurückzuführen. Die SPD dagegen profitiert in hohem Maße sowohl von Popularität ihrer Spitzenkandidatin Malu Dreyer als auch ihres programmatischen Angebots. Hier fällt der Kandidateneffekt

deutlich größer als bei Kretschmann in Baden-Württemberg (vgl. hierzu Böll.Brief 21/2021).

Darüber hinaus sind bei der Wahlentscheidung weitere Beobachtungen bemerkenswert: Bei dieser Landtagswahl können vor allem Grüne, CDU und SPD Wählende für sich gewinnen, die sie aus Überzeugung wählen. Insbesondere die CDU und etwas schwächer die FDP profitieren von Wählenden mit Parteibindung, während dieser Faktor für SPD-Wählende eine erstaunlich geringe Rolle spielt. Die Bedeutung von Protestwahlverhalten ist bei AfD-Wähler/innen deutlich gesunken, zugleich ist die Überzeugung von der Partei bei denen gestiegen, die sie wählen. Das deutet auf eine Verfestigung der Anhängerschaft hin.

Tabelle 2: Motive der Wahlentscheidung

	Grüne	CDU	AfD	SPD	FDP	Linke	FW
Wahl aus...							
Überzeugung	75	5	70	-2	40	11	75
Enttäuschung	19	-2	26	7	52	-12	20
Wahl wegen...							
Spitzenkandidat/in	10	-2	23	-9	8	-4	51
Sachfragen	72	8	44	2	71	-4	31
Parteibindung	18	-6	30	8	12	7	15

Angaben in Prozent; Grau: Differenz zu 2016 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind / von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Bei der Frage, welche Sachfragen für sie wahlentscheidend gewesen sind, geben die Wählenden die Themen soziale Sicherheit (22 Prozent), Lage der Wirtschaft (20 Prozent), Bildung (17 Prozent), Umwelt/Klima (16 Prozent), Bekämpfung der Corona-Pandemie (12 Prozent), Zuwanderung (5 Prozent) und Kriminalität/innere Sicherheit (8 Prozent) an.

Besonders deutlich wird hier: Auch, wenn der Kontext der Corona-Pandemie entscheidend war und die Pandemie-Bekämpfung im Vorfeld der Wahlen als das drängendste Problem bewertet wurde, spielte sie dann für die Wahlentscheidung selbst eine vergleichsweise geringe Rolle.

4.2 Wählerwanderung

Anhand der Wählerwanderung lässt sich auf der aggregierten Ebene relativ gut erkennen, welche Potenziale die Parteien mobilisieren und über welche Parteigrenzen hinweg sich Wähler/innen bewegen.

Bei dieser Landtagswahl können SPD, CDU und AfD ihre Wahlergebnisse auf einen relativ hohen Anteil von Wählenden stützen, die den Parteien ihre Stimme bereits bei der vorherigen Wahl 2016 gegeben hatten.

SPD und CDU haben jeweils die meisten Stimmen im Zuge des Generationswechsels (Erstwählende/Verstorbene) und beim Wechsel an Nichtwählende verloren. Die AfD verlor ebenfalls die meisten Stimmen an Nichtwähler/innen.

Interessante Erkenntnisse über Wählerströme zwischen den Parteien bieten bei dieser Wahl vor allem die Wählerwanderungskonten von den Freien Wählern und den Grünen (siehe Tabelle 3). Die Freien Wähler als nun neue Partei im Landesparlament gewinnen vor allem dazu, weil sie erfolgreich ehemalige Wähler/innen der SPD, CDU und in geringerem Umfang der FDP mobilisieren können. Wahlentscheidend waren hierbei die gesetzten Themen der Freien Wähler (insbesondere Anliegen der Kommunalpolitik) und eine vergleichsweise hohe Unzufriedenheit mit den anderen politischen Parteien.

Tabelle 3: Wählerwanderung Grüne und Freie Wähler

Wählerwanderung Bündnis 90/Die Grünen				Wählerwanderung Freie Wähler			
	Zustrom	Abstrom	Saldo		Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...				Austausch mit ...			
SPD	32.000	16.000	16.000	SPD	17.000	2.000	15.000
CDU	17.000	4.000	13.000	CDU	20.000	3.000	17.000
AfD	3.000	0	3.000	AfD	6.000	1.000	5.000
FDP	4.000	1.000	3.000	FDP	9.000	0	9.000
FW	1.000	2.000	-1.000	Grüne	2.000	1.000	1.000
Andere	8.000	7.000	1.000	Andere	9.000	3.000	6.000
Parteien (Summe)	65.000	30.000	35.000	Parteien (Summe)	63.000	10.000	53.000
Nichtwähler/innen	11.000	10.000	1.000	Nichtwähler/innen	6.000	8.000	-2.000
Erstwähler/Verstorbene	26.000	5.000	21.000	Erstwähler/Verstorbene	4.000	2.000	2.000
Zu-/Fortgezogene	23.000	11.000	12.000	Zu-/Fortgezogene	6.000	4.000	2.000
Weitere Gruppen (Summe)	60.000	26.000	34.000	Weitere Gruppen (Summe)	16.000	14.000	2.000
Wählerströme insgesamt	125.000	56.000	69.000	Wählerströme insgesamt	79.000	24.000	55.000
Wählerstamm	56.000	56.000		Wählerstamm	24.000	24.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	181.000	112.000	69.000	Wähler/innen 2021 und 2016	103.000	48.000	55.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Auch die Grünen profitieren zum einen von einem Nettozustrom von ehemaligen Wähler/innen anderer Parteien, insbesondere von SPD und CDU. Zum anderen gelingt es den Grünen als einziger Partei in Rheinland-Pfalz, mit Zugewinnen aus dem Nichtwählerlager abzuschließen und stark vom Generationswechsel bei Wählenden (Erstwählende/Verstorbene) zu profitieren.

4.3 Soziodemografische Besonderheiten im Wahlverhalten

Wird das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen aufgeschlüsselt, so zeigen sich typische Muster: Die Grünen sind besonders stark in der Gruppe der 18-24-Jährigen. Sie konnten zwar in allen Altersgruppen leicht hinzugewinnen, relevant ist jedoch der Anstieg bei den Erstwähler/innen (+11 Prozentpunkte). Die Wähler/innen von SPD und CDU kommen aus allen Altersgruppen. Ihre Wahlergebnisse

stützen sich aber auf die Wählerbasis 60+. Gerade die SPD kann bei dieser Wahl auf einen hohen Rückhalt bei Rentner/innen setzen.

Wie bei anderen Wahlen in der Bundesrepublik, unterscheidet sich das Wahlverhalten zwischen Frauen und Männern: In Rheinland-Pfalz werden Grüne und SPD stärker von Frauen als von Männern gewählt. Die Grünen konnten im Vergleich zu den anderen Parteien deutlich mehr Frauen im Vergleich zur letzten Landtagswahl gewinnen (+5 Prozent).

Nach Beruf- und Bildungsgruppen gefragt, zeigen sich durchaus typische Muster, die aber durch neue Beobachtungen ergänzt werden: Die Landesverbände der beiden traditionsreichen Parteien SPD und CDU können auf eine breite soziostrukturelle Verankerung setzen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die SPD stärker Wähler/innen mit formal niedriger Schulbildung, Arbeiter/innen und Angestellte erreicht. Beamt/innen sind eine tragende Säule in der CDU-Wählerschaft. In Rheinland-Pfalz wählen Selbständige traditionell besonders häufig die CDU. Bei dieser Berufsgruppe verliert die CDU jedoch deutlich an Unterstützung, FDP und AfD konnten hier deutliche Zugewinne verzeichnen, aber auch die Freien Wähler und die Grünen.

Die Grünen werden besonders stark von Wähler/innen mit formal hoher Schulbildung, von Angestellten, Beamt/innen und Selbstständigen gewählt und verzeichnen auch in diesen Wählergruppen deutliche Zuwächse. Ähnlich wie in Baden-Württemberg fällt die zusätzlich gewonnene Unterstützung durch Beamt/innen auf.

Die AfD profitiert besonders stark von der Unterstützung durch Wähler/innen mit formal niedriger und mittlerer Schulbildung. Neben Stimmen von Selbstständigen kann sie vor allem auf die Unterstützung von Arbeiter/innen setzen.

4.4 Regionale und sozialstrukturelle Befunde zum Wahlverhalten

Insgesamt zeigt die vergleichende Betrachtung der Landesstimmenanteile, dass die SPD in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen ihre Spitzenposition beibehält und die CDU jeweils Platz zwei einnimmt. Die AfD bleibt in den Landkreisen drittstärkste Kraft, fällt jedoch in den kreisfreien Städten deutlich hinter die Grünen zurück. Insgesamt liegt das Ergebnis der AfD in sämtlichen kreisfreien Städten und Landkreisen unter den Ergebnissen von 2016. Die Freien Wähler holen in den rheinland-pfälzischen Landkreisen deutlich auf und erzielen bessere Ergebnisse als die FDP, sodass die Freien Wähler dort nun bei den Landesstimmen den fünften Rang belegen.

Der Blick auf Zusammenhänge, die zwischen Landesstimmenanteilen von Parteien und ausgewählter sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale in Rheinland-Pfalz bestehen, weist aus der Vergangenheit bekannte Muster auf:¹

Auch bei dieser Landtagswahl zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Wählergruppen in städtischen und ländlichen Regionen. Während die Grünen in städtischen Regionen bessere Landesstimmenergebnisse erzielen, fallen die Ergebnisse von CDU und Freien Wählern in diesen Gebieten im Durchschnitt schlechter aus. Seit jeher erzielen die Grünen in den kreisfreien Städten bessere Ergebnisse als in den Landkreisen. Dieser Effekt hat sich gegenüber 2016 noch einmal verstärkt. Die Differenz zwischen den Städten und den Kreisen hat sich nahezu verdoppelt, da die Gewinne in den kreisfreien Städten höher ausfallen als in den Landkreisen (+6,2 bzw. +3,4 Prozentpunkte).

Hier spielen zwei Faktoren eine Rolle: In städtischen Regionen leben tendenziell mehr Personen mit einem akademischen Abschluss. Ferner leben dort überdurchschnittlich viele junge Menschen und damit eine Altersgruppe, die eine hohe Affinität zu Themen hat, die mit den Grünen assoziiert werden. Dieser Alterseffekt zeigt sich besonders auffällig bei den Landesstimmenanteilen der Grünen – und dieser Alterseffekt ist im Vergleich zu den anderen Parteien relativ stark ausgeprägt: Einen höheren Landesstimmenanteil erzielen die Grünen in Gebieten, in denen viele Personen im Alter von 20 bis 45 Jahren leben, einen niedrigeren Landesstimmenanteil dagegen in Gebieten, in denen viele Personen im Alter von 55 bis 75 Jahren leben.

¹ Die Ausführungen zu den Aggregatdaten basieren auf den detaillierten Aggregatanalysen des Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Statistische Analysen Nr. 54/2021, Landtagswahl 2021 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht).

Die Autorin

Stefanie John ist Referentin für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Parteiensystemforschung. Darüber hinaus analysiert sie Entwicklungen im politischen System der Bundesrepublik unter Einbezug der europäischen Ebene.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Stefanie John **E** john@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: März 2021

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.